

Die 50 Vorschläge der Klimaaktivisten

Klimapolitik in Winterthur Reparaturzentren, Werbeverbote und eine Fotovoltaikpflicht – der Klimastreik wird konkret. Das sind die 50 Vorschläge der lokalen Klimastreik-Bewegung für den städtischen Massnahmenplan im Überblick.

Delia Bachmann

Klimaschutz, aber wie? Das ist die grosse Frage, die der Stadtrat bis zum 8. Januar 2021 beantworten muss. Dann will er, quasi im Gegenzug für die gewährte Fristverlängerung um ein Jahr, ein beschlussreifes Massnahmenpaket vorlegen (siehe Box). Eine Mitarbeit der lokalen Klimastreik-Bewegung hat Stadträtin und Umweltvorsteherin Barbara Günthard-Maier (FDP), die letzte Woche ihren Rücktritt angekündigt, bei einem informellen Austausch im Januar ausgeschlossen: «Aber wir prüfen, wie wir Inputs trotzdem unkompliziert mitberücksichtigen können.» Diese Gelegenheit liessen sich die Aktivisten nicht entgehen. Kürzlich reichten sie ein 26-seitiges Papier ein, in dem sie nicht weniger als 50 Massnahmen vorschlagen.

In einem Statement, das sie zusammen mit den Vorschlägen einreichen, stellen die Aktivisten allerdings klar, dass für sie nur die Variante mit dem Ziel netto null bis 2030 infrage kommt: «Die jetzige und geplante Klimapolitik der Stadt Winterthur ist fahrlässig und ethisch nicht vertretbar», heisst es da.

«Uns ist auch klar, dass der Einfluss der Stadt begrenzt ist. Aber sie könnte mit gutem Beispiel vorangehen», sagte Aktivistin Selma Wydler im Interview mit dem «Landboten». Bei ihren Vorschlägen handle es sich teils um Endziele, teils um Zwischenschritte. Darum gelte es die Vorschläge als Paket und nicht einzeln umzusetzen. Sie werden nachfolgend in von der Stadt vorgegebenen Themenfeldern «Lokale Wirtschaft, Konsum und Freizeit», «Energieversorgung und Gebäude», «Mobilität» sowie «Kommunikation und Partizipation» zusammengefasst.

Lokale Wirtschaft, Konsum und Freizeit

Um das Netto-null-Ziel bis 2030 zu erreichen, fordern die Klimastreikenden eine rasche Dekarbonisierung der Wirtschaft. Unter anderem soll eine «lokale Wirtschaft des Austauschs und der Reparatur» dabei helfen, den Wohlstand vom übermässigen Materialverbrauch abzukoppeln. Dafür soll die Stadt etwa eigene **Reparatur- und Wiederaufbereitungscentren** einrichten, wo man Kleider, Möbel, Elektrogeräte und Co. günstig flicken lassen kann. Weiter soll sie **eigene Recyclinganlagen** führen: «Recyclingfirmen wie die Maag AG müssten ersetzt oder vergesellschaftet werden.» Dies sei nötig, um zu verhindern, dass Brauchbares weggeworfen werde.

Diverse Vorschläge betreffen die **Ernährung**, die möglichst nachhaltig, fleischarm und gesund sein soll. Auch die lokale **Landwirtschaft** – möglichst biologisch und regenerativ – gelte es zu stärken. Etwa durch den Aufbau von **regionalen Verteilzentren** als «systemrelevante Alternative zu den herkömmlichen Grossverteilern» oder mittels **Konsumgenossenschaften**. Unabhängig vom Preis soll gutes Essen für alle zugänglich sein. Auch im Non-Food-Bereich schlagen die Aktivisten mögliche



Im April ergänzten die Klimaaktivisten ihre Kartonschilder (im Bild vom Juli 2019) um ein 26-seitiges Papier mit Vorschlägen. Foto: Marc Dahinden

«Uns ist klar, dass der Einfluss der Stadt begrenzt ist. Aber sie könnte mit gutem Beispiel vorangehen.»

Selma Wydler
Aktivistin der Winterthurer
Klimastreik-Bewegung

Massnahmen vor. So soll eine **städtische Einkaufsplattform** dabei helfen, sogenannte **Netto-null-Produkte** an die Frau und den Mann zu bringen.

Wenn es nach den Klimastreikenden geht, wird Winterthur noch mehr zur **Gartenstadt**. So soll die Stadt es erlauben, Gärten auf Brachen zu errichten. Zielpflanzen seien durch Beerensträucher oder Obstbäume zu ersetzen. Neben dem **Selbstversorgungsgrad** sei auch die **Biodiversität** zu erhöhen, etwa durch wilde Blumenwiesen und Gehölz.

Bereits bekannt ist ihre Forderung nach einem **Werbeverbot im öffentlichen Raum**. Weiter wollen die Aktivisten umweltschädliche Wirtschaftszweige zurückbauen. Betroffene Angestellte sollen im **Care-Sektor** eine neue Stelle finden, den es zu stärken gelte. Für Projekte und Technologien, die dazu beitragen, das Netto-null-Ziel bis 2030 zu erreichen, soll die Stadt zudem **Anschubfinanzierungen** leisten. Lokale Währungen wie der **Eulachtaler** fließen in die reale, regionale Wirtschaft. Darum und weil mit der Regionalwährung nicht spekuliert werden kann, gelte es diese zu unterstützen.

Energieversorgung und Gebäude

Die Klimaaktivisten fordern, dass alle dafür geeigneten Dächer bis 2030 mit einer **Fotovoltaikanlage** ausgerüstet werden. Deren Leistung müsse auf die maximale Dachfläche ausgerichtet sein. Um dies zu fördern, schlagen sie verschiedene Anreize vor. So soll Stadtwerk für kleine Anlagen einen **minimalen Rückspeisetarif** von zehn Rappen pro Kilowattstunde garantieren. Wer keine PV-Anlage baut, soll eine **Abgabe** entrichten müssen. Diese steigt jährlich an und soll im Jahr

2030 dann 20 Franken pro Quadratmeter betragen. Sie vergleichen die Regelung mit der früheren Pflicht zum Bau von Schutzräumen. Um die Winterhitze aufzufangen, soll es eine **vergleichbare Pflicht für die PV-Anlagen an den Fassaden** geben. Fassaden, die dafür nicht geeignet sind, sollen **begrünt** werden.

Wem die finanziellen Mittel dazu fehlen, soll von der Stadt mit **zinsfreien Krediten** unterstützt werden. Als weitere Begleitmassnahme sehen sie vor, dass das **Bewilligungsverfahren stark vereinfacht** wird und weniger als

Die Klimapolitik der Stadt Winterthur

Vor sechs Jahren verabschiedete der Stadtrat einen Massnahmenplan zum Energiekonzept 2050. Dieses strebte eine Senkung des Ausstosses auf zwei Tonnen CO₂ pro Person per 2050 an. Nun, 2020, soll der Plan aktualisiert werden. Letzten Juli überwies der Grosse Gemeinderat zudem die Motion «Netto null Tonnen CO₂ bis 2050», die sich auf das Energiekonzept bezieht, aber ehrgeizigere Reduktionsziele anstrebt. Neben den namensgebenden Netto-null-Emissionen bis 2050 schreibt sie ein Zwischenziel vor: Der Ausstoss von Treibhausgasen soll bis 2035

einen Monat dauern soll. Parallel dazu müsste Stadtwerk die Speicherkapazitäten sowie die Netzstabilität erhöhen. Ab 2025 soll es auf Stadtgebiet **ausschliesslich erneuerbar produzierten Strom** geben. Quasi als Gegenstück sollen ab sofort **keine Fossil- und Elektroheizungen mehr** installiert werden dürfen. Bestehende Heizungen müssten bis 2030 ausgetauscht werden. Ergänzend sollen gewisse **Gebäudehüllen saniert** werden müssen, um den Energieverbrauch zu senken. Auch hier soll es eine finanzielle Förderung geben.

um eine Tonne reduziert werden. Noch ehrgeiziger sind die Ziele der Klimastreik-Bewegung. Diese fordert Netto-null-Emissionen bis 2030. Weil die Motion und der zu überarbeitende Massnahmenplan eng zusammenhängen, erhielt der Stadtrat eine Fristverlängerung von einem Jahr. Weil Barbara Günthard-Maier (FDP) im September aus dem Stadtrat zurücktritt, muss ihre Nachfolge bis zum 8. Januar 2021 einen Klimaplan in den drei Varianten vorlegen. Zur Variante Netto-null-Emissionen soll bis 2030 nur die Stossrichtung skizziert werden. (dba)

Weitere Massnahmen in diesem Bereich sind: ein **Mindestanteil an erneuerbaren Baustoffen** wie Holz, Stroh und Hanf, der von 10 Prozent im Jahr 2020 auf 60 Prozent im 2025 steigen soll. Eine **Kommission aus Experten** soll «klimaschädliche Bauvorschriften» erkennen und anpassen. Als Beispiel wird die Parkplattpflicht genannt. Ein **digitales Materialarchiv und Bauteilbörsen** sollen dafür sorgen, dass Baustoffe wiederverwendet werden. Schliesslich sollen **Genossenschaftssiedlungen** gefördert und **Baubewilligungen an strenge Klimavorgaben** geknüpft werden.

Mobilität

Winterthur soll **ab 2030 autofrei** sein. Vom Verbot ausgenommen wären unter anderem Lieferanten, Blaulichtorganisationen, Handwerker und Transporte von behinderten Menschen. Bis dahin gäbe es, quasi als Zwischenschritt, einen autofreien Tag im Monat. Vorgesehen ist auch, dass die **Stadt keine Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor kaufen darf** und eine **Wasserstofftankstelle** sowie **Elektroladestationen** an den Strassenlaternen bauen muss. Anstelle einer CO₂-Steuer auf Diesel und Benzin soll **nach gefahrenen Kilometern und der Grösse des Autos besteuert** werden.

Die Klimastreikenden fordern, dass sich die Stadt beim Kanton dafür einsetzt, dass **keine neuen Strassen gebaut** werden. Dafür soll sie auf Stadtgebiet den **Fuss- und Veloverkehr** priorisieren. Hier schlagen sie vor, dass 50 Prozent der Strassen und Parkplätze umfunktioniert werden. Die Strassen sollen in **Einbahnstrassen** umgewandelt werden. Die Parkplätze dürften nicht mehr asphaltiert werden, sondern bekämen einen regendurchlässigen **Ökobelag**. Schliesslich möchten die Aktivisten auch an den geltenden **Höchstgeschwindigkeiten** schrauben. Ihr Vorschlag: 90 statt 120 Kilometer pro Stunde auf der Autobahn, ausserorts 70 statt 80 und innerorts 30 statt 50.

Kommunikation und Partizipation

Um Wissen zur Klimakrise zu vermitteln, schlagen die Aktivisten eine **Klimawoche** in den Schulen auf allen Stufen sowie weitere Kampagnen und Projekte vor. Andere Massnahme betreffen die Information der restlichen Bevölkerung. Zu diesem Zweck soll es neben Broschüren und Kampagnen unter anderem auch ein **digitales Netzwerk** sowie **interaktive, lokale Projekte** geben.

«Das Bedürfnis des Winterthurer Klimastreiks, am Prozess teilzuhaben, wurde aufgenommen, und sie haben wertvolle Vorschläge geliefert», sagt Corinne Gasal, Sprecherin des Departements Sicherheit und Umwelt, auf Anfrage. Sie waren damit nicht die Einzigen. Insgesamt seien einige Hundert Massnahmen bei der Stadt eingegangen. Bis Ende April konnten Einwohner ihre Vorschläge einbringen. In einer zweiten Phase sollen diese dann auf ihre Qualität, Kohärenz und Umsetzbarkeit überprüft werden.